

1 **Abänderungsantrag des UBV zur Resolution R2, diese durch den**
2 **folgenden Text zu ersetzen.**
3
4

5 Im Bewusstsein über die Bedeutung des Rhein-Main-Flughafens für die
6 wirtschaftliche Situation und den Wohlstand in der Rhein-Main-Region und
7 Hessen und in Verantwortung für die Gesundheit und das Wohlergehen
8 der Bevölkerung in der Region stellt die Frankfurter SPD auf der Basis der
9 Mediation folgende Forderungen auf. Nur ein Flughafen, der nachhaltig mit
10 Unterstützung der Anwohner betrieben wird, wird langfristig Arbeitsplätze
11 sichern.
12

13 **1. Wir fordern in Europa:**
14

15 dass die Aufhebung des Nachtflugverbots mittels der im „EU-
16 Verordnungsentwurf über Regeln und Verfahren für lärmbedingte
17 Betriebsbeschränkungen an Flughäfen der Union im Rahmen eines
18 ausgewogenen Ansatzes sowie zur Aufhebung der Richtlinie
19 2002/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates“
20 enthaltenen Kontrollbefugnis (Art. 10) verhindert wird.
21

22 **2. Wir fordern im Bund:**
23

24 ein Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes für einen
25 besseren nächtlichen Lärmschutz. Wir sprechen uns gleichzeitig
26 gegen die erklärte Absicht der schwarz-gelben Bundesregierung aus,
27 die bestehenden Nachtschutzbestimmungen des § 29b Absatz 1,
28 Satz 2 LuftVG abschwächen zu wollen.
29

30 eine Regelung im Luftverkehrsgesetz, die sicherstellt, dass schon im
31 Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Flugverfahren und
32 Flugrouten Gegenstand des Verfahrens sind und damit der dort
33 vorgesehenen Bürgerbeteiligung unterliegen und auch Änderungen
34 der Flugverfahren und Flugrouten entsprechenden Verfahren folgen
35 müssen.
36

37 Konzepte für ein kooperatives Flughafensystem in Deutschland,
38 damit die Entwicklung der Flughäfen sinnvoll geplant werden und
39 eine gerechte Verteilung der Belastungen stattfinden kann
40
41
42
43
44
45
46
47
48

3. Wir fordern in Hessen:

die schnellstmögliche rechtssichere Umsetzung eines absoluten Nachtflugverbots in der Zeit zwischen 23.00 und 5.00 Uhr und dieses auszudehnen auf die Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr.

die Erneuerung des Anti-Lärm-Paktes in Umsetzung der Mediation und des Lärmgipfels durch folgende Maßnahmen:

- die Kontingentierung von Fluglärm und Festlegung von lokalen Lärmobergrenzen die über ein ergänzendes Planfeststellungsverfahren im Planfeststellungsbeschluss verankert werden, dabei gehen wir für Frankfurt von dem Ziel aus, tagsüber eine Lärmobergrenze von 55 dB zu erreichen.
- lärmarme An- und Abflugverfahren sowie die Kontrolle der Einhaltung der Routen minimaler Lärmbelastung durch die Piloten
- passiver Schallschutz für die gesamten betroffenen Gebäude und ein Immobilienmanagement für besonders Betroffene
- ein Sofortprogramm „Lärmschutz für soziale Einrichtungen“
- Die vollständige Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten lärmarmen Anflugverfahren, notfalls mit Hilfe von gesetzlichen Änderungen
- Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten zur Reduzierung des Lärms am Flugzeug selbst und die Schaffung wirtschaftlicher Anreize zum Einsatz moderner, lärmmindernder Flugzeugtechnik (z.B. durch noch stärkere Koppelung von Start- und Landegebühren an Lärmemissionen)
- Einen Lärmschutzpakt zwischen der Stadt Frankfurt, dem Land Hessen, den Fluglinien, der Deutschen Flugsicherung und der Fraport AG. Es müssen Mittel für den aktiven und passiven Lärmschutz bereitgestellt werden; absolute Priorität sollen dabei Maßnahmen für Kitas und Schulen genießen
- Das Lärmschutzpakets soll in erster Linie von der Fraport AG finanziert werden

die Optimierung des Flughafen-Systems u.a. durch eine Kooperation mit dem Flughafen Hahn und einer verbesserten Kooperation zwischen Schienen- und Flugverkehr.

1 eine Ausweitung des Casa – Programmes „Casa II“. Das Programm
2 muss deshalb noch einmal überarbeitet werden, um folgende
3 Forderungen zu erfüllen:

- 4 • ausreichende Geldausstattung, großzügige
- 5 Auslegung der Lärmschutzzonen,
- 6 • Neugestaltung der Stichtagsregelung ,
- 7 • Einrichtung ein Sonderprogramm für soziale
- 8 Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder
- 9 Altenwohn- und Pflegeeinrichtungen
- 10
- 11

12 Die Absicherung der auf Initiative von SPD und Grünen begonnenen
13 Gesundheitsstudie über Lärmfolgen "Norah". Wir erwarten, dass im
14 Rahmen der Studie mit einer Laufzeit von 5 Jahren
15 Zwischenergebnisse veröffentlicht und Transparenz über die
16 Belastungen hergestellt wird.

17 **4. Wir fordern in Frankfurt:**

18 Die Einrichtung einer Servicestelle der Stadt Frankfurt für ihre
19 betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie die Bürgerinitiativen,

20 Die regionale Kooperation der Stadt Frankfurt mit den anderen
21 Kommunen rund um den Flughafen.

22
23 Wir erwarten die jährliche Überprüfung der Lärmwerte und einen
24 Bericht über die Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen, damit
25
26
27
28 notfalls weitergehende Maßnahmen ergriffen werden können.